

# ROTE POST

Nr. 58

November 2022

## SCHWERPUNKT

8

WIE DER DEUTSCHLAND  
DIE EU UMBAUEN WILL

## BADEN-WÜRTTEMBERG

11

ERNEUTE VERURTEILUNGEN  
NACH „KRAWALLNACHT“

## FRAUEN

12

DAS LEBENSWERK VON  
SANDRA LIMA

## HAMBURG

14

UNI: REGIERUNG FINANZIERT  
WAFFENFORSCHUNGEN

## BREMEN

16

AUSBEUTUNG BEI DER  
CITIPOST

## NORDRHEIN-WESTFALEN

18

NACH ENTLASSUNGEN: CHEF  
HETZT POLIZEI AUF ARBEITER

## BERLIN

20

WAHLWIEDERHOLUNG  
IN BERLIN

## KULTUR

22

WM 2022: BÜRGERLICHE  
DOPPELMORAL

## **INHALT**

- |           |                            |   |
|-----------|----------------------------|---|
| <b>4</b>  | <b>BILD DES MONATS</b>     | <b>PROTEST VON WANDERARBEITERN IN<br/>ALICANTE, SPANIEN</b>                                 |
| <b>6</b>  | <b>SCHWERPUNKT</b>         | <b>WIE DER DEUTSCHE IMPERIALISMUS<br/>DIE EU UMBAUEN WILL</b>                               |
| <b>11</b> | <b>BADEN-WÜRTTEMBERG</b>   | <b>ERNEUTE VERURTEILUNGEN NACH DER<br/>STUTTGARTER „KRAWALLNACHT“</b>                       |
| <b>12</b> | <b>FRAUEN</b>              | <b>„DIE MUTTER DER BRASILIANISCHEN<br/>REVOLUTION“ - DAS LEBENSWERK VON<br/>SANDRA LIMA</b> |
| <b>14</b> | <b>HAMBURG</b>             | <b>REGIERUNG FINANZIERT<br/>WAFFENFORSCHUNGEN AN DER<br/>UNIVERSITÄT HAMBURG</b>            |
| <b>16</b> | <b>BREMEN</b>              | <b>AUSBEUTUNG BEI DER CITIPOST</b>  |
| <b>18</b> | <b>NORDRHEIN-WESTFALEN</b> | <b>NACH ENTLASSUNGEN:<br/>CHEF HETZT POLIZEI AUF ARBEITER</b>                               |
| <b>20</b> | <b>BERLIN</b>              | <b>WAHLWIEDERHOLUNG IN BERLIN</b>   |
| <b>22</b> | <b>KULTUR</b>              | <b>WM 2022: BÜRGERLICHE DOPPELMORAL</b>   |

## **KONTAKT**

Bei Fragen, Anmerkungen, Vorschlägen oder Anfragen für  
Abos schreibt uns eine Mail an  
[rotepost@gmx.de](mailto:rotepost@gmx.de)

## **V. I. S. D. P.**

Franziska Vogler  
Blodigstr. 15  
80933 München

## **EIGENTUMSVORBEHALT**

Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung einschließlich ihrer Beilagen solange Eigentum der/des AbsenderIn, bis sie den Gefangenen ausgehändigt worden ist. „Zur-Habe-Nahme“ ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Rote Post den Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie der/dem Absenderin mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzuschicken.

Liebe Leserinnen und Leser,

Ende Oktober hat der alte mexikanische Staat feige einen Genossen der revolutionären Organisation Volksströmung – Rote Sonne (Corriente del Pueblo – Sol Rojo) ermordet. Der Genosse hieß Jesús Manuel García Martínez und wurde von seinen Kampfgefährten „Chu Pau“ genannt. Es ist ein weiterer brutaler Schlag des Staates gegen die Volksströmung – Rote Sonne, die seit Jahren entschlossen die Ausbeutung und Unterdrückung des mexikanischen Volkes durch den Imperialismus bekämpft. Unter Leitung des Staatspräsidenten Andrés Manuel López Obrador, einem demagogischen, blutsaugenden Lakaien der USA, werden am laufenden Band die grausamsten Verbrechen gegen das Volk und insbesondere gegen die Revolutionäre begangen. Bereits einen Tag vor der Ermordung von Chu Pau hatte die Reaktion einen weiteren wichtigen Kämpfer für die Rechte des Volkes, Filogonio Martínez Merino, ermordet.

Der Krieg gegen das Volk ist Teil der Aufstandsbekämpfung und setzt sich zum Ziel, jede Form der Rebellion gegen die Ausbeutung und Unterdrückung, bevor sie noch zutage tritt, im Keim zu ersticken. Seit 1964 gibt es durch die völkermörderische Politik des mexikanischen Staates 100.000 Verschwundene, 400.000 Vertriebene und 500.000 Ermordete. Maskiert wird dieser Völkermord, wie in so vielen anderen Ländern, als „Krieg gegen Drogen“. Wie in so vielen anderen Ländern sind dabei die Drogenbosse und paramilitärischen Organisationen tatsächlich auf der Seite des Staates, sein Komplement, und führen mit Eifer Angriffe auf das Volk durch. Es sind die USA, die das mexikanische Volk in der Hauptsache ausbeuten und unterdrücken. Doch auch der deutsche Imperialismus mischt kräftig in Mexiko, und alle seinen großen Monopole verdienen auf die eine oder andere Weise an dem Leiden des mexikanischen Volkes und beuten die Massen aus.

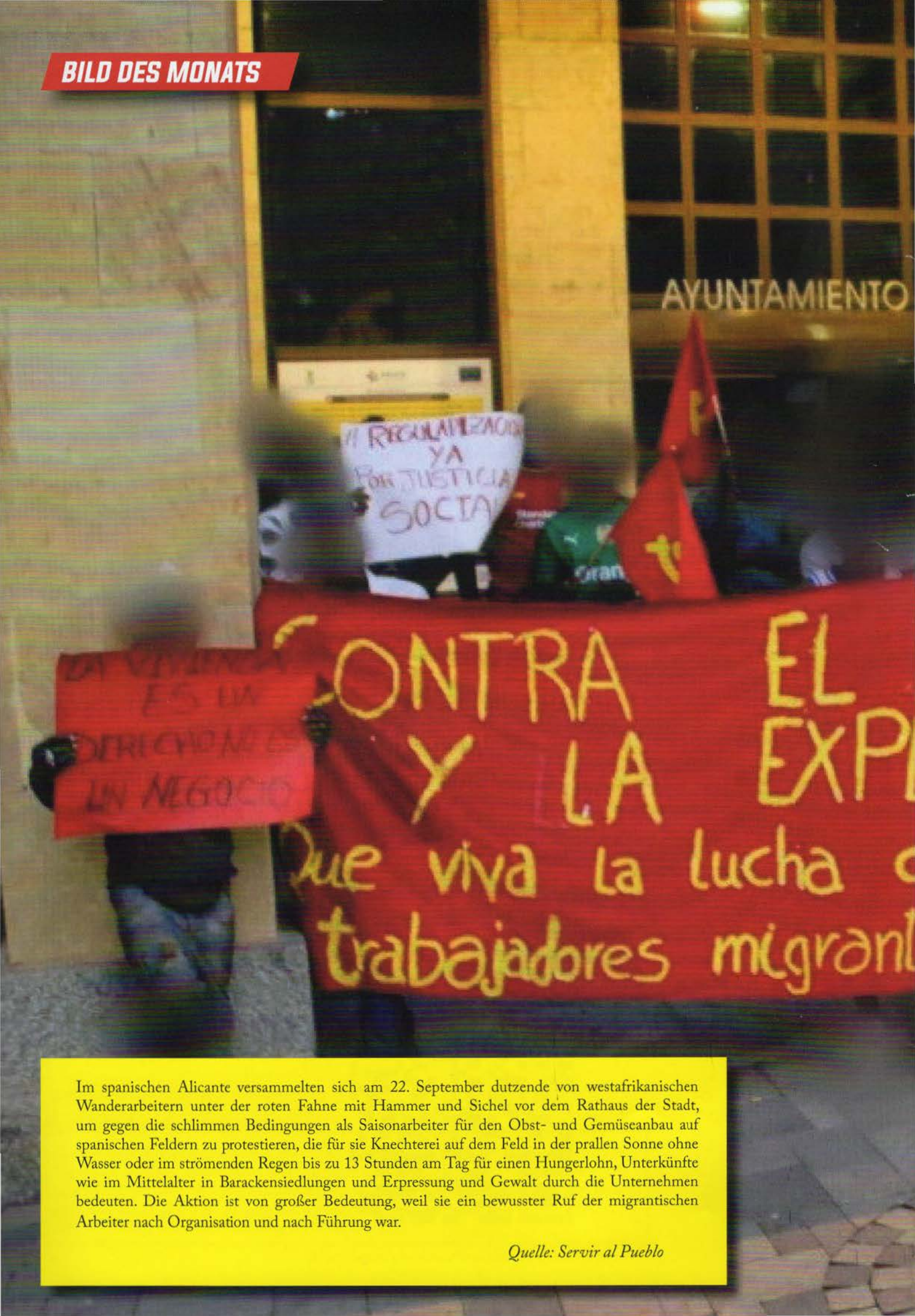
Und jener deutsche Imperialismus, das betonen wir immer wieder, strebt nach mehr Macht, danach, sich zu einer Supermacht zu entwickeln. Seine Basis dafür ist die Europäische Union, und diese Basis will er selber noch mehr ausnutzen und zu seiner Gunsten auslegen. In dieser Ausgabe legen wir ausführlich dar, wie der deutsche Imperialismus einen Umbau der EU plant, um seine Vorherrschaft zu verteidigen, gegenüber seinen imperialistischen Konkurrenten wie Frankreich und den unterdrückten Nationen mehr Kontrolle zu gewinnen und inmitten der Krise aus den unterdrückten Ländern Europas, besonders denen des Balkans, und, wenn es nach ihnen geht, auch Asiens, billige Arbeitskräfte, Strom und Energieträger und Rohstoffe zu gewinnen und zu erbeuten. Alles, um seinen Aufstieg zu einer Supermacht zu voranzubringen.

An dieser Stelle möchten wir noch auf ein Video vom Roten Frauenkomitee aufmerksam machen, das nach der Ermordung der beiden mexikanischen Genossen veröffentlicht wurde.

Eure RoPo-Redaktion



<https://www.youtube.com/watch?v=gijjOmNep-M>



Im spanischen Alicante versammelten sich am 22. September dutzende von westafrikanischen Wanderarbeitern unter der roten Fahne mit Hammer und Sichel vor dem Rathaus der Stadt, um gegen die schlimmen Bedingungen als Saisonarbeiter für den Obst- und Gemüseanbau auf spanischen Feldern zu protestieren, die für sie Knechterei auf dem Feld in der prallen Sonne ohne Wasser oder im strömenden Regen bis zu 13 Stunden am Tag für einen Hungerlohn, Unterkünfte wie im Mittelalter in Barackensiedlungen und Erpressung und Gewalt durch die Unternehmen bedeuten. Die Aktion ist von großer Bedeutung, weil sie ein bewusster Ruf der migrantischen Arbeiter nach Organisation und nach Führung war.

*Quelle: Servir al Pueblo*



ENGLISH A A  
NI A A NGN  
STOP  
TRANSFUGAS

CASA  
CONSISTORIAL

RACISMO  
OTACIÓN  
e los  
es!



## WIE DER DEUTSCHE IMPERIALISMUS DIE EU UMBAUEN WILL



*Scholz und von der Leyen ganz vorne bei der Westbalkankonferenz in Berlin Anfang November*

**D**ie deutschen Imperialisten haben sich den Krieg in der Ukraine zu diesem Zeitpunkt nicht gewünscht, denn er markiert das Ende ihrer jahrelangen Bemühungen, sich durch langfristiges ökonomisches Wachstum eine gute Ausgangsposition im Kampf zwischen den Imperialisten zu erarbeiten. Um dann aus dieser Position heraus die Vormachtstellung der USA zu untergraben, mit dem Ziel selbst zu einer Supermacht zu werden. So war auch die jahrzehntelange Zusammenarbeit mit dem russischen Imperialismus kein „Fehler“, wie es jetzt in den Medien rauf und runtergebetet wird, sondern ein klares Kalkül. Wer Verbindungen zu zwei großen Mächten knüpft, zu den USA militärisch und zu Russland energiepolitisch, der ist nicht in kompletter Abhängigkeit von einem der Akteure.

Hier kommt die Europäische Union ins Spiel, die für die BRD eine besondere Rolle spielt, denn viel der ökonomischen und politischen Macht des deutschen Imperialismus basiert auf der EU. Die EU ermöglicht der BRD den Zugriff auf die Märkte anderer Länder, sowie den Zugang zu Rohstoffen und billiger Arbeitskraft, einmal in der Form von „importierten Arbeitskräften“, die in Deutschland für

einen Hungerlohn schuften, andererseits im Ausland, wo die deutsche Industrie billig produzieren kann, vor allem in Osteuropa. Jetzt folgt eine strategische Neuausrichtung, dafür will die BRD nicht nur ihr Defizit im militärischen Bereich wettmachen, sondern sich auch wirtschaftlich neu aufstellen, vor allem in der Energiepolitik. Sprich die EU benutzen, um die Vorherrschaft des US-Imperialismus zunehmend abzulehnen. Mit der EU in der jetzigen Form funktioniert das allerdings nicht. Unter anderem das Einstimmigkeitsprinzip also, dass alle EU-Staaten gemeinsam wichtige Entscheidungen treffen, steht dem deutschen Imperialismus im Wege.

Was sie da brauchen, sind Reformen, und für die werben Scholz und Co. jetzt vehement. Viele Schritte, die EU nach dem neuen Plan der BRD auszurichten, wurden in der letzten Zeit bereits unternommen. So wurde am 21. März diesen Jahres der „strategische Kompass“ angenommen, ein Strategiepapier, das konkrete Ziele der EU im militärischen Bereich bis 2030 definiert. Der in der bürgerlichen Presse am häufigsten genannte Punkt ist der Aufbau einer EU-Schnelleingreifkapazität aus bis zu 5000 Einsatzkräften „einschließlich Land-, Luft- und Marine-

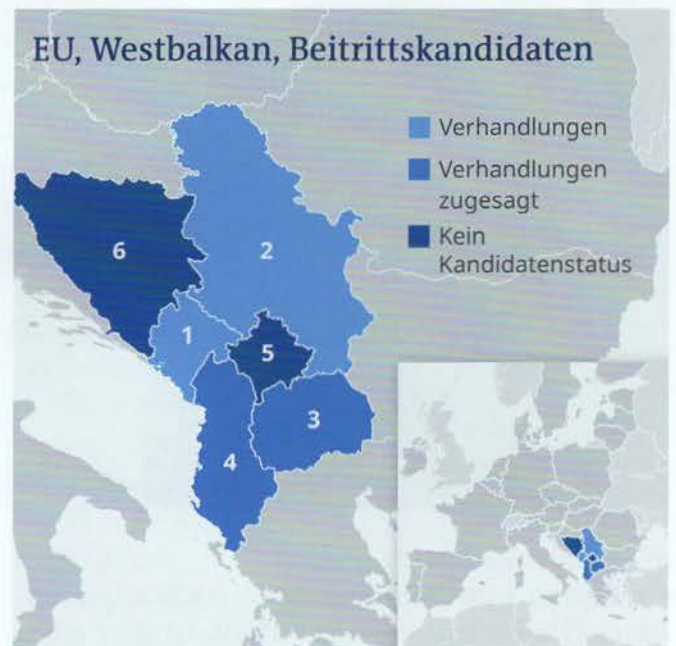
komponenten“ Ab 2023 sollen dann auch regelmäßige Übungen stattfinden. Aber auch die in den letzten Wochen beschlossene gemeinsame Luftabwehr, sowie die gemeinsame Beschaffung von Rüstungsgütern sind Schritte in diese Richtung. Hinzu kommt, dass der deutsche Imperialismus seit 2019 mit der ehemaligen „Verteidigungs“ministerin Ursula von der Leyen die Führung der EU-Kommission stellt, dem mächtigsten Organ innerhalb der EU. Jetzt wiederholt Scholz die politische Linie, die sie in den letzten Wochen und Monaten abgesteckt haben auf europäischer Ebene, so wie auf dem Kongress der Europäischen Sozialdemokraten (SPE) in Berlin am 15. Oktober 2022. Und er schwört die SPE bereits darauf ein, dass sie bei der nächsten Wahl zum EU-Parlament die stärkste Kraft werden müssen. Zurzeit besteht die Europäische Union aus 27 Staaten und hat mit ca. 450 Millionen Einwohnern einen der größten Binnenmärkte der Erde. Wenn Pate Scholz jetzt von einer EU spricht, die aus „27, 30, 36 Staaten mit dann mehr als 500 Millionen [Einwohnern] (...)“ besteht und „ihr Gewicht in dieser Welt noch stärker zur Geltung bringen“ kann – konkret geht es bei einer Erweiterung um „die Staaten des Westbalkans, (...) die Ukraine, um Moldau und perspektivisch auch um Georgien“ – dann weiß er ganz genau, dass vor allem die BRD davon profitiert. Besonders hervorzuheben wäre hier der Beitritt von Georgien, denn das wäre eine direkte Provokation gegen den russischen Imperialismus, der zuletzt 2008 mit seinem Einmarsch in Georgien deutlich gemacht hat, dass er das Land als Teil seiner Beute sieht.

## EINIGKEIT DER EU? DIE EU IN DER KRISE UND

### UMBAU IM SINNE DER BRD!

Die EU befindet sich in einer tiefen Krise, sie ist seit Ausbruch des Krieges besonders verworren in ihren inneren Widersprüchen. Die sogenannte „Euro-Krise“ mit der Austeritätspolitik gegenüber den südeuropäischen Staaten wie Griechenland, in der Frage der Migration, wo die „Werte“-Heuchelei offensichtlich ist, oder in der Frage von „Demokratie“ und „Rechtsstaatlichkeit“, wo die EU-Führung einen permanenten Konflikt zu Mitgliedsstaaten wie Ungarn, aber auch zur konservativen Regierung Polens austrägt, haben zur Zuspitzung der Situation beigetragen. Gerade Polen steht im Fokus dieser Krise, und überlegt selbst, aus der EU auszutreten, ähnlich wie die Briten. Diese Krise wurde jetzt massiv verschärft durch die Aktion

des US-Imperialismus. Scholz stellt in seiner Rede an der Karls-Universität in Prag am 29. August diesen Jahres eine ganze Reihe von Leitlinien auf, sowohl im wirtschaftlichen als auch militärischen Bereich. Im Kern steht die „europäische Souveränität“, also eine EU, die ihre Interessen nicht nur nach innen vertritt, sondern „ihre Stabilität auch gegenüber Herausforderungen von außen zu sichern“ weiß. Das heißt, die EU soll sich auch weiter und noch mehr aktiv in die Belange anderer Staaten einmischen. In diesem Kontext ist auch die neue EU-Osterweiterung zu verstehen. Olaf sagt sogar ganz unverhohlen: „Die Ukraine, die Republik Moldau, perspektivisch auch Georgien und natürlich die sechs Staaten des westlichen Balkans gehören zu uns“. Hier offenbart sich der ganze imperialistische Chauvinismus eines Olaf Scholz, und



- 1. Montenegro** ↑ 0,6 Millionen  
Verhandelt mit der EU über Beitritt
- 2. Serbien** ↑ 7,0 Millionen  
Verhandelt mit der EU über Beitritt
- 3. Nord-Mazedonien** ↑ 2,1 Millionen  
Verhandlungen seit März 2020 von EU zugesagt
- 4. Albanien** ↑ 2,9 Millionen  
Verhandlungen seit März 2020 von EU zugesagt
- 5. Kosovo\*** ↑ 1,8 Millionen  
Assoziierungsabkommen seit 2016, noch kein Verhandlungstermin
- 6. Bosnien-Herzegowina** ↑ 3,5 Millionen  
Antrag auf Mitgliedschaft gestellt, noch kein Verhandlungstermin



die Expansionsbestrebungen des deutschen Imperialismus. Und gerade die BRD schmiedet jetzt schon große Pläne, wie sie sich am Wiederaufbau der Ukraine bereichern können.

Das Einstimmigkeitsprinzip soll schrittweise abgeschafft werden, um die EU „geopolitisch“ handlungsfähig zu machen. Dabei gilt sogar bei der NATO das Prinzip der Einstimmigkeit. Diese Debatte ist auch nicht neu, sondern wird seit Jahren geführt. In einigen Bereichen wurde auch schon die qualifizierte Mehrheitsentscheidung eingeführt. Frankreich und insbesondere Deutschland haben mit dem Vertrag von Nizza 2004, und dem Vertrag von Lissabon 2009 die Stimmgewichtung in der EU zu ihren Gunsten verschoben, da nun die Stimmen nach Bevölkerungsgröße verteilt werden. So können beide zusammen jeden Vorschlag ablehnen, der ihren Interessen widerspricht, aber

Anliegen kleinerer Staaten einfach überstimmen. Dazu kommt, dass die BRD durch die Annexion der DDR 1990 ungefähr 17 Millionen Einwohner dazu bekommen hat, was das Gewicht Deutschlands innerhalb der EU massiv erhöhte. Die Einführung von Mehrheitsentscheidungen und der damit einhergehende Verlust des Vetorechts würde also vor allem dem politischen Gewicht kleinerer Staaten schaden. Seit 2014 gibt es Mehrheitsentscheidungen im Rat der Staats- und Regierungschefs und im Ministerrat. Die neuen Mehrheitsentscheidungen sollen, nach Scholz, dann vor allem in der gemeinsamen Außenpolitik, aber auch in anderen Bereichen wie der Steuerpolitik kommen. Interessant in diesem Zusammenhang sind seine Kommentare zur Zusammensetzung der Kommission, die mit 30 oder 36 Kommissaren an die Grenzen ihrer Arbeitsfähigkeit stoße. Er wolle am Grundsatz „eine Kommissarin oder ein Kommissar

*pro Land*“ nicht rütteln. Aber was spreche dagegen, dass zwei Kommissionsmitglieder gemeinsam für eine Generaldirektion zuständig seien? Das liefe natürlich darauf hinaus, dass große mächtige Staaten wie beispielsweise Deutschland eine Generaldirektion führen, während kleinere sich eine teilen.

Europa solle führend werden in neuen Technologien, dafür soll es Milliardeninvestitionen geben, zum Beispiel in ein europäisches Wasserstoffnetz, Netz- und Speicherinfrastruktur im Bereich Elektrizität, neue Kraftstoffe für den Flugverkehr, europaweites Breitband-Internet. Sowie „unabhängiger Zugang zum All, moderne Satelliten“, denn „Souveränität“ hänge von Fähigkeiten im Weltraum ab, damit „das nächste Unternehmen wie SpaceX aus Europa kommt.“ In dem Zusammenhang macht Olaf klar, dass die „Werte“ auch weiterhin gegen unliebsame Mitgliedsstaaten durchgesetzt werden sollen, mithilfe des „Rechtsstaatlichkeitsverfahrens“ nach Artikel 7. Auch hier müsse man von Blockademöglichkeiten wegkommen und der Kommission neue Wege eröffnen, Vertragsverletzungsverfahren einzuleiten. In dem Grad aber, in dem die BRD ihre eigenen Interessen innerhalb der Europäischen Union durchdrückt, verschärft sie auch den Widerspruch zu den anderen Imperialisten innerhalb der EU wie Frankreich, aber auch den unterdrückten Nationen. Für England wurde die Vormachtstellung Deutschlands in der EU ein Problem, weshalb sie mit dem Brexit eine engere Anbindung an den US-Imperialismus gesucht haben, statt sich dem deutschen Imperialismus vollständig unterzuordnen.

## **EIN PLATZ AN DER SONNE, DIE BRD WILL MEHR**

Das ganze Gerede von einer neuen EU-Erweiterung zielt vor allem auf den Balkan ab, dieser ist Hauptziel für die Beschaffung neuer Halbkolonien für den deutschen Imperialismus. Aber was hat die Bombardierung 1999 und der Krieg zur Aufteilung Jugoslawiens und der Anschluss von Rumänien, Bulgarien 2007 und Kroatien 2013 an die EU den Balkanstaaten gebracht, außer Zerstörung und mehr Abhängigkeit zum Imperialismus? Es gibt bereits seit Jahren Versuche, die Balkanstaaten in die EU

einzuverleiben. Mit Serbien und Montenegro laufen schon seit Jahren Beitrittsverhandlungen, Albanien und Nord-Mazedonien wurden Verhandlungen zugesagt und der Kosovo und Bosnien-Herzegowina warten auf diesen Status. Unter dem Vorwand von „*Stabilisierung der Region und wirtschaftliche Entwicklung*“ möchten die Imperialisten ihren Einfluss am Balkan verstärken und damit auch den Grad der Ausbeutung. So fand beispielsweise am 3. November der Westbalkan-Gipfel in Berlin statt, der im Rahmen des „Berlin Prozess“ 2014 von der damaligen Kanzlerin Angela Merkel ins Leben gerufen wurde. Unter der Anleitung von Scholz und Baerbock verhandelten die jeweiligen Staatsschefs drei Abkommen: mehr Reisefreiheit untereinander (Reisen mit dem Personalausweis), mehr gemeinsamer regionaler Markt und gegenseitige Anerkennung von Abschlusszeugnissen. Doch der deutsche Imperialismus sieht sich nicht nur in der Vermittlerrolle, wie die Aussage der Außenministerin Baerbock während ihrer Reise durch die Balkan-Staaten zeigte: „*Deutschland wird hier in ihrem Land und auf dem westlichen Balkan mehr Präsenz zeigen.*“

Dabei ist die Durchdringung und Ausbeutung dieser Staaten schon jetzt sehr tief, beispielsweise in Kroatien, wo jahrelang die größten Fernsehsender der RTL Group gehörten. Bertelsmann, ein deutsches Medienmonopol, ist mit 75 Prozent der Haupteigentümer von RTL. Dass diese Sender dann Propaganda machen, die Deutschland in einem guten Licht erscheinen lässt, liegt auf der Hand. Mitte 2022 wurden die Sender an ein anderes Monopol verkauft. An der Sache ändert das nichts. Nach 1990 wurde Rumänien für unbeschränkten Kapitalexport aus imperialistischen Staaten geöffnet. Alleine die österreichische „HS Timber Group GmbH“ hat seit 2003 fünf Sägewerke in Rumänien gebaut. Die Holzwirtschaft in Rumänien produziert seitdem vor allem für den Export. Die BRD ist der fünftgrößte Importeur von rumänischem Holz. Zahlreiche kleinere rumänische Firmen sind seitdem pleite gegangen. Tausende Rumänen wurden arbeitslos. Billige Rohstoffe und billige Arbeitskräfte vor allem für den medizinischen Sektor werden direkt mittels Außenstellen der Agentur für Arbeit nach Deutschland „importiert“. Während die Menschen aus Osteuropa und dem Balkan hier vor allem in schlecht bezahlten Jobs schuften müssen, machen

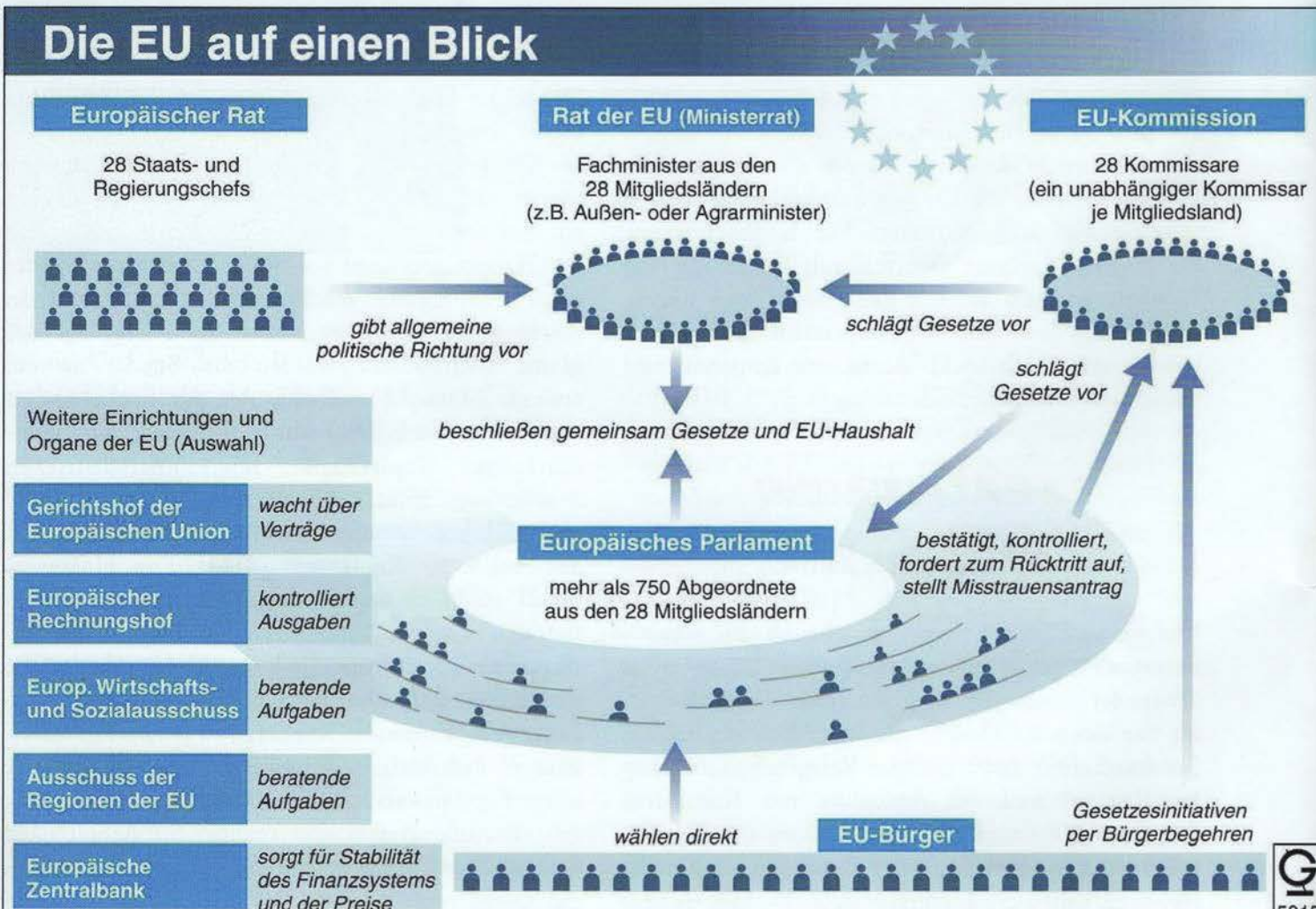
es sich deutsche Rentner überall in Osteuropa bequem, weil die Lebenshaltungskosten dort geringer sind.

Der deutsche Imperialismus will sein Energieproblem lösen, ohne die Abhängigkeit zum US-Imperialismus weiter zu verstärken. Das geht nur auf Kosten der unterdrückten Nationen. In diesem Kontext ist der Kohle-Deal mit Kolumbien und das Gas aus Saudi-Arabien zu verstehen. Gas aus verschiedenen Quellen, als Übergang zur Wasserstofftechnologie. Aber die Herstellung von Wasserstoff verbraucht Unmengen an Strom, soviel Strom kann die BRD alleine gar nicht erzeugen, in diesem Sinne sind die Forderungen nach einem europaweiten Energie- und Wasserstoffnetz zu verstehen. Im Balkan wurden durch günstige EU-Konzessionen und Förderungen rund 3000 neue Wasserkraftwerke geplant, einige sind schon gebaut. 113 geschützte Fischarten wird dieses Projekt ausrotten und es gibt eine Privatisierung

eines riesigen Teils der Flüsse durch ausländische Firmen.

Scholz und Co. ist klar – ihre Probleme lösen, das geht nur mit „weiteren, (...) Freihandelsabkommen und eine[r] ambitionierten Handelsagenda.“ Dieses Feld dürfe man nicht anderen überlassen. Wer von derartigen Abkommen profitiert, ist klar. Die Arbeiter und Völker der Welt haben nichts von einer „starken“ EU, sie ist die Grundlage der Macht des deutschen Imperialismus. Mehr Ausbeutung, mehr Plünderung von Rohstoffen und mehr Kriege sind das Ergebnis dieser Bestrebungen. Die Blutsauger müssen zur Hölle gejagt und ihr System zerschlagen werden, und zwar egal, um welchen Imperialisten es sich handelt. •

## Die EU auf einen Blick



## ERNEUTE VERURTEILUNGEN NACH DER STUTTGARTER „KRAWALLNACHT“

Nachdem es im Juni 2020 in Stuttgart zu Kämpfen mit der Polizei gekommen war, kündigte der baden-württembergische Innenminister Strobl an, mit aller Härte gegen die Beteiligten vorgehen zu wollen. In diesem Zusammenhang wurden Verdächtige teils monatelang eingesperrt. Nachdem im Stuttgarter Schlossgarten ein Jugendlicher von der Polizei kontrolliert worden war, wehrten sich kämpferische Jugendliche gegen die Polizeiwilkkür, der sie tagtäglich ausgesetzt sind und die sich mit dem Beginn der sogenannten Corona-Maßnahmen noch einmal weiter zuspitzte. Die Polizei hat ihre Befugnisse genutzt, um die Massen zu terrorisieren und sie hat ihre Quittung bekommen. Etwa 500 Menschen sollen sich an den darauffolgenden Ausschreitungen beteiligt haben. Steine und Flaschen wurden auf Polizeiautos geworfen und die Polizei verlor im Laufe der Nacht vollkommen die Kontrolle über die Stuttgarter Innenstadt. Diese gerechtfertigte Rebellion wurde unmittelbar danach in den Medien skandalisiert und die bürgerliche Presse zeigte sich empört angesichts der angeblich *„nie dagewesenen Dimension von Gewalt gegen Polizeibeamte“*. Dabei ist es kein Wunder, dass angesichts der ständigen Schikane die Wut der Jugend sich Bahn bricht. Alles was es brauchte, war ein Tropfen, der das Fass zum Überlaufen bringt. Um ein Exempel zu statuieren, wurden von Anfang an drakonische Strafen gegen die Beteiligten verhängt. Jugendliche wurden ohne Bewährung zu Gefängnisstrafen verurteilt. Die gesprochenen Urteile waren dabei so maßlos übertrieben, dass die meisten in zweiter Instanz gekippt wurden. Von Anfang an wurde in der bürgerlichen Presse und den polizeilichen Ermittlungen nach den Verantwortlichen gesucht und dabei auf teils ganz unterschiedliche Weise argumentiert. Eine der Gruppen, die von Anfang an ins Fadenkreuz geriet, waren Migranten. Dann gab es den Versuch, den Kämpfen den politischen Charakter abzusprechen, indem man die lokale „Partyszene“ verantwortlich machte. Zuguterletzt sei hier erwähnt, dass die Ermittlungen von Anfang an sehr stark darauf bedacht waren, die Beteiligung sogenannter „Linksextremer“ festzustellen. So wurde beispielsweise eine Funkzellenabfrage durchgeführt, bei der strukturiert analysiert wurde, ob zum Zeitpunkt der Ausschreitungen die Telefone linker Aktivisten in Stuttgart-Mitte eingeloggt waren. Außerdem wurden Überwachungsaufnahmen der S-Bahn untersucht nach Ein- und Aussteigern im Stuttgarter Westen, weil sich im angrenzenden Stadtteil linke WG's befinden. Sogar

Menschen, die *„noch nicht strafrechtlich in Erscheinung getreten sind“* wurden ins Fahndungsraster aufgenommen, weil sie in der Nähe eines linken Zentrums wohnen. In diesem Zusammenhang kam es dann auch zu Hausdurchsuchungen und letztendlich Prozessen gegen drei Stuttgarter Linke. Von Anfang an stützten sich diese Ermittlungen nicht auf Erkenntnisse, sondern lediglich auf einen politischen Willen zur Kriminalisierung der revolutionären Bewegung. In der letzten Oktoberwoche kam es nun schließlich zu den ersten Urteilen gegen linke Aktivisten aus Stuttgart. Die Urteile belaufen sich dabei auf drei Jahre und neun Monate beziehungsweise drei Jahre und zwei Monate Haft. Wie auch die Ermittlungen, haben die Urteile kaum Substanz, auf die sie sich stützen könnten. Die Grundlage für die Urteile bildet ein *„mehr als fragwürdiges anthropologisches Gutachten, das auf qualitativ extrem minderwertigen, teils offenbar illegalen Videoaufnahmen beruhte“*, wie die Rote Hilfe Stuttgart schreibt. Entscheidend für die Beweisführung sind Videoaufnahmen, die von einem geparkten Tesla gemacht wurden und die klar gegen die Datenschutzbestimmungen verstoßen. Gesichter und andere körperliche Merkmale sind auf diesen Aufnahmen nicht zu erkennen, weshalb sich der Gutachter lediglich auf Bewegungsabläufe, Körperhaltung und Kleidungsstücke stützt. Über 200 Kategorien können für ein solches Gutachten angewandt werden. Lediglich acht davon wurden benutzt. So kam das Gutachten in Bezug auf den Ersten der beiden Verurteilten trotzdem zu dem Schluss, dass die *„Identität des Täters hoch wahrscheinlich“* sei. Dies stellt lediglich die dritthöchste Wahrscheinlichkeitsstufe dar, reicht aber offenbar aus, um einen Menschen für Jahre in den Knast zu stecken. Dem zweiten Verurteilten wurden neben der Beteiligung an der Stuttgarter „Krawallnacht“ auch eine körperliche Auseinandersetzung mit einem Anhänger der Identitären Bewegung und ein tätlicher Angriff auf einen Polizisten vorgeworfen. Obwohl hier für die ersten beiden Anklagepunkte keinerlei Beweise, sondern nur nicht aussagekräftige Aussagen von Polizisten und das bereits erwähnte Gutachten existierten, wurde auch hier eine Haftstrafe von drei Jahren und neun Monaten verhängt. Das Gericht führt dabei die *„ideologische Verblendung“* des Verurteilten an, um die Schwere des Urteils zu rechtfertigen. In seiner Stellungnahme zum Urteil bekundete der Aktivist, dass es völlig egal ist, ob er an den Kämpfen beteiligt war oder nicht, die Teilnahme sei so oder so gerechtfertigt. •

## „DIE MUTTER DER BRASILIANISCHEN REVOLUTION“ DAS LEBENSWERK VON SANDRA LIMA

**A**uf zahlreichen Fotos sieht man die kleine, zart gebaute energische Frau in Aktion: Beim Sprechen vor Frauen der Landbevölkerung, umringt von Kindern, oder demonstrierend auf den Straßen Brasiliens. Immer trägt sie ein optimistisches Feuer in den Augen und eine lebendige Entschlossenheit in ihrer Haltung.

Im nächsten Jahr wäre Sandra Maria Lima Gomes 68 Jahre alt geworden. Geboren wurde sie am 8. März 1955 in São Domingos do Prata im brasilianischen Bundesstaat Minas Gerais. Wir wollen die Frau, die von der brasilianischen Website „A Nova Democracia“ als „Mutter der Revolution“ beschrieben wird, hier porträtieren und einen kurzen Einblick in den Werdegang dieser beeindruckenden Frau geben, die sich der kollektiven Aufgabe gewidmet hat, den kurvenreichen Weg der brasilianischen Revolution zu schmieden.

In den 1970er Jahren besuchte Sandra Lima die Sekundarschule am Central State College, diese war

ein wichtiger Knotenpunkt des Widerstands gegen das Militärregime. Sie hatte im Jahr 1976 den ersten Kontakt mit der Massenarbeit, als sie Lindéia, Barrio Obrero und die Städte Belo Horizonte, Ibirité und Contagem besuchte. Sie integrierte sich schnell in das Gemeinschaftsleben, verband sich mit den Jugendlichen und erhielt Einblicke in Kämpfe, die sie als Revolutionärin geprägt haben. Sie half dort bei der Organisation von Alphabetisierungskursen für Erwachsene und kulturellen Aktivitäten, die auf die proletarische Jugend abzielten. Sie nahm aktiv an der Organisation von Demonstrationen in Belo Horizonte teil, mit Forderungen wie die Steuern zu reduzieren, Verbesserungen des öffentlichen Transportwesens und Ausbau der sanitären Einrichtungen des Viertels.

Ende der 1970er Jahre ging sie in die Revolutionsbewegung, der MR-8. Sie widmete sich vollständig der Revolution und dem Kampf gegen das Militärregime. Zusammen mit der kämpferischen Arbeiterbewegung trug sie im August 1979 dazu bei, dass die Straßen Belo Horizontes von ungefähr 30.000 Streikenden eingenommen wurden. Der Arbeiterkampf klagte die Chefs des Stahlbauers „Mannesmann“ und das Militärregime an und ging als „Arbeiterrebellion“ in die Geschichte Brasiliens ein. Sandra Lima war im Zuge dessen Zeugin der feigen Aktion der Militärpolizei, die den Traktorfahrer Oroocílio Martins Gonçalves ermordete. Die 1980er Jahre markieren die Zeit, in der Sandra Lima den wichtigen Weg im Kampf gegen die Unterdrückung der Frauen einschlägt. Sie war eine der Hauptvertreterinnen der revolutionären Frauenbewegung Brasiliens (MFP – Movimento Feminino Popular). Als Pionierin auf diesem Gebiet schmiedete sie die fortschrittlichsten, bewusstesten und rebellischsten Frauen Brasiliens, die entschlossener denn je waren, die tausendjährige Unterdrückung, die auf ihren Schultern lastete, nicht mehr zu akzeptieren. Sie leitete zahlreiche Veranstaltungen zur Feier des internationalen Tages der proletarischen Frau, sie beteiligte sich an kämpferischen Streiks, sie verurteilte unermüdlich die reaktionären Wahlen, nahm an Bauernkongressen und Studentenversammlungen teil, sie verteidigte das palästinensische Volk, den heldenhaften Widerstand der Völker des Irak und Afghanistans und verteidigte den Volkskrieg in Peru, Indien, den Philippinen und



der Türkei, so wie die nationalen Befreiungskämpfe der Völker gegen den Imperialismus und den imperialistischen Krieg. Nie verlor sie bei all den Aktivitäten die Bedeutung der Frau als Revolutionärin, die von der Ideologie des Proletariats geleitet sein sollte, damit sie der Revolution im Land und der Weltrevolution dienen kann, aus den Augen.

Sie widmete sich in verschiedenen Regionen des Landes dem Aufbau der Volksfrauenbewegung (MFP), insbesondere auf dem Land. Immer mit dem Bewusstsein, dass die Frauen des brasilianischen Volkes aktiv an der Revolution teilnehmen müssen und nur so den Weg zu ihrer Emanzipation ebnen können. In den Jahren 2013 und 2014, als die kämpferische Jugend gegen das Ausbeutungssystem und gegen die FIFA-WM auf die Straße ging, war in den ersten Reihen immer die flammende Fahne der MFP vertreten. Wer sie groß und herausfordernd hob, waren die jungen Frauen, die von Sandra Lima geschmiedet wurden. Außerdem war sie nicht nur eine der Gründerinnen, sondern auch eine der Führerinnen der revolutionären Front zur Verteidigung der Rechte des Volkes (FRDDP), einer Organisation, die theoretische und praktische Beiträge zum Thema lieferte. Als Bewundererin der Literatur und Kunst des Volkes, ermutigte sie junge Menschen stets, die Klassiker

des Marxismus zu lesen und hörte bei zahlreichen Gelegenheiten revolutionäre und Volkslieder mit Genossen und Freunden. Sie stiftete das Volk an, aufzustehen und gegen jegliche Unterdrückung zu kämpfen. Die „Mutter der Revolution“ bemühte sich, dass ihre „Kinder“ die Massenkämpfe im Land und auf der ganzen Welt ohne Ausnahme verstehen, daran teilnehmen und sie unterstützen.

Die Genossin ist im Jahre 2016 während der Operation zur Entfernung eines Hirntumors verstorben. Ihre gesundheitlichen Probleme hinderten sie zu Lebzeiten allerdings nie an der revolutionären Arbeit. Sie widmete sich ohne Vorbehalt der Mobilisierung, Politisierung und Organisation der Massen. Sie ist ein strahlendes Beispiel für Lebendigkeit, Kampfgeist und Optimismus. Ihre Genossen berichten über sie: *„Genossin Sandra Lima hat uns immer beigebracht, unsere Schmerzen und Empörung in die Entschlossenheit umzuwandeln, und für die vollständige Emanzipation der Menschen zu kämpfen. Genossin Sandra: Im Kampf präsent! Entwickelt die revolutionäre Wut der Frau!“* („Companheira Sandra: presente na luta! Despertar a fúria revolucionária da mulher!“) Das Lebenswerk von Sandra Lima ist ein maßgeblicher Baustein, der das Fundament des Triumphes der Revolution in Brasilien markiert. •



## REGIERUNG FINANZIERT WAFFENFORSCHUNGEN AN DER UNIVERSITÄT HAMBURG

**1** 00 Milliarden Sondervermögen für die Bundeswehr, 2-Prozent-Ziel, Waffenlieferungen in Kriegsgebiete, Kriegspropaganda, Atomwaffendrohungen – Militarismus und die Militarisierung der Gesellschaft sind allgegenwärtig. Mit dem Angriffskrieg des russischen Imperialismus gegen die Ukraine beteiligt sich auch der deutsche Imperialismus rege an der Kriegstreiberei. Neben der massiven Aufrüstung der Streitkräfte durch die Anschaffung von neuen Waffen spielt aber auch der Bereich der Waffenforschung und die Entwicklung neuer Waffensysteme eine wichtige Rolle. Neben der Bundeswehr-Universität in Hamburg-Wandsbek kommt an dieser Stelle auch die Universität Hamburg ins Spiel, an der schon seit Jahren zu Waffentechniken geforscht wird. Ausgerechnet der Ort, an dem sich derzeit Studenten gegen Krieg und Militarismus organisieren, ist auch Platz für Waffenforschung, die von der Bundesregierung in Auftrag gegeben wird.

### WAFFENFORSCHUNG ALS „GESAMTGESELLSCHAFTLICHE AUFGABE“

Aus dem Bericht des Stockholm International Peace Research Institute über das Jahr 2021 geht hervor, dass die USA die Gelder für die Erforschung neuer Waffensysteme in den letzten Jahren enorm erhöht haben. So stiegen diese Ausgaben in den letzten zehn Jahren um 24 Prozent an. Es scheint den USA viel an der Entwicklung neuer Waffentechniken zu liegen. Und auch der deutsche Imperialismus hat bereits vor einigen Jahren festgeschrieben, dass er in diesem Bereich Entwicklungen schaffen will. Schon 2016 verfasste die Bundesregierung das „Weißbuch 2016 – Zur Sicherheitspolitik und zur Zukunft der Bundeswehr“, in dessen Vorwort folgendes zu lesen ist:

*„Dieses Weißbuch zur Sicherheitspolitik Deutschlands und zur Zukunft der Bundeswehr beschreibt die Grundlagen der deutschen Sicherheitspolitik und den Rahmen, in dem diese sich vollzieht. Es identifiziert für die gesamte Bundesregierung Gestaltungsfelder deutscher Sicherheitspolitik. Es legt die Basis der*

*künftigen Ausrichtung der Bundeswehr als eines der Instrumente deutscher Sicherheitspolitik.“*

So ist das Weißbuch also soviel wie der strategische Leitfaden zur Entwicklung der Bundeswehr. Selbstverständlich hat sich seit der Veröffentlichung des Weißbuchs einiges getan. Zum Beispiel war das 100-Milliarden-Sondervermögen damals noch nicht vorgesehen. Schon damals spielte aber die Erreichung des NATO-2-Prozent-Ziels eine Rolle, die jetzt von der Ampel-Regierung umgesetzt wird. Aber auch die Grundlagenforschung an Waffensystemen wird im Weißbuch beschrieben. So heißt es auf Seite 59:

*„Sicherheitsvorsorge ist nicht nur eine staatliche, sondern wird immer mehr zu einer gemeinsamen Aufgabe von Staat, Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft. Ein gemeinsames Risikoverständnis ist die Grundlage für den Aufbau gesamtgesellschaftlicher Resilienz.“*

Und weiter auf Seite 131 :

*„Somit sind Aktivitäten im Bereich F&T der Rüstung ein zentraler Treiber der Innovationskraft von Streitkräften und wehrtechnischer Industrie. Spillover-Effekte in die zivile Wirtschaft (im Rahmen von Dual-Use-Anwendungen) sind auch weiterhin wünschenswerte Sekundäreffekte und -ziele der F&T.“*  
(F&T steht für Forschung und Technik)

Die Sicherheitspolitik des deutschen Staates und die Aufrüstung und Weiterentwicklung der Bundeswehr werden hier also zu gesamtgesellschaftlichen Aufgaben erklärt. So sollen Industrie, aber auch öffentliche Einrichtungen wie Universitäten mit einbezogen werden. Diese werden dann in ihren Projekten, wie der Forschung, vom Staat finanziert.

### AKTUELLE FORSCHUNG AN DER UNI HAMBURG

Im April diesen Jahres verkündete die Uni Hamburg neue Forschungsprojekte am Carl-Friedrich-von-Weizsäcker-Zentrum für Naturwissenschaft und Friedensforschung. Das Bundesministerium für Bildung und Forschung finanziert dieses Projekt

seitdem mit 2,9 Millionen Euro. So handelt es sich um ein sogenanntes Verbundprojekt zu Chemie- und Biowaffen. Außerdem forscht das Carl-Friedrich-von-Weizsäcker-Zentrum zu Nuklearwaffen und Rüstungskontrolle. Vom 4. bis zum 8. April fand eine internationale Übung zur „Abrüstung von Atomwaffen“ statt, an der Forscher und Diplomaten aus zwölf Ländern beteiligt waren, darunter Delegierte von Atommächten wie der USA, Kanada, Frankreich oder England. Ein Projekt, was finanziert wurde vom Auswärtigem Amt und dem französischen Außen- und Verteidigungsministerium.



*Deutsche „Friedensforschung“?*

Nun tauchen in den Namen oder Beschreibungen der Projekte immer wieder Begriffe wie „Abrüstung“ oder „Verbot“ auf, was diese Projekte als sogenannte Friedensforschung tarnen soll. Dass die Forschungsergebnisse aber auch für die Entwicklung neuer Waffensysteme genutzt werden können zeigt vor allem besagte „Übung“ vom 4. bis 8. April 2022. Diese erfolgte im Anschluss einer vorangegangenen Übung von 2019. Bei dieser wurden Sprengkopf-Attrappen entworfen, die Radioaktives Barium und Californium enthielten (Normalerweise wird für nukleare Waffen Plutonium oder Radium genutzt). Erforscht wurde dann die Dauer der Demontage eines Sprengkopfs, also wie lang es dauert, einen Sprengkopf unschädlich zu machen. Darüber hinaus wurde erforscht, auf welche Art Staaten radioaktives Material für Geigerzähler (ein Messgerät, das radioaktive Strahlung erfasst) unsichtbar machen können. Das diese Forschungen nicht nur für Abrüstung, sondern auch für die Manipulation von Messdaten verwendet

werden können, liegt auf der Hand. Die Forschungsergebnisse werden bislang geheimgehalten. Lediglich ein Interview des Studienleiters, in dem er über die „Übung“ spricht, wurde auf der Uni-Website veröffentlicht.

## ENTLASTUNG FÜR STUDENTEN STATT INVESTITIONEN IN WAFFENFORSCHUNG!

Wenn wir diese Forschungen mit vermeintlich guten Absichten an der Uni in Hamburg betrachten, müssen wir vor allem davon ausgehen, was der Imperialismus

ist und was er bedeutet. In diesem imperialistischen System geht es immer um Macht und Profit, und da jede imperialistische Macht danach strebt, an der Spitze zu stehen, gibt es immer wieder Kriege. Alle Forschungen, die für diese Kriege in irgendeiner Art und Weise zu nutzen sind, sind also zu verurteilen. So muss unsere unmittelbare Forderung sein, dass die Waffenforschungen an der Hamburger Uni sofort eingestellt werden! Stattdessen sollte das Bundesministerium für Bildung und Gesundheit die Millionen, die sie der

Uni für Waffenforschungen zur Verfügung stellen, dafür hergeben, dass die Preise in der Mensa wieder runter gehen. In den letzten Monaten sind die Preise in den Mensen enorm gestiegen. Subventionen gibt es bisher keine und das, obwohl beinahe 40 Prozent der Studenten in der BRD als arm gelten. Gleichzeitig wurden Forschungsprojekte für Umweltschutz an der Uni Hamburg aufgegeben, weil für diese angeblich kein Geld mehr da sei.

Es ist wichtig, dass die Studenten sich positionieren gegen den Militarismus des deutschen Staates und die Militarisierung der Unis. Wichtig ist es aber auch, die revolutionäre Perspektive zu bewahren und klarzuhaben, dass alle erkämpften Verbesserungen in diesem System wieder verloren gehen können. So ist die Entwicklung einer revolutionären Studentenbewegung, die gegen dieses System und für eine neue Gesellschaft kämpft, in diesem Moment eine wichtige Aufgabe, die es erfüllen gilt. •

## AUSBEUTUNG BEI DER CITIPOST



*Lächeln fürs Foto. An seinem Job kann es nicht liegen*

**W**enn man in Bremen unterwegs ist, sieht man auf den Straßen neben den gelb gekleideten Postboten von der Deutschen Post auch immer wieder die Arbeiter der „blauen Konkurrenz“, der „Citipost“. Das Bremer Postunternehmen heißt eigentlich „Nordwest-Mail GmbH“ und ging 2005 als Schwesterunternehmen aus der „Bremer Tageszeitungen AG“ hervor, dem Verlag, der z.B. den Weser-Kurier und andere Bremer Regionalzeitungen publiziert. Um neben der Deutschen Post bestehen zu können, ist bei der Citipost das Porto pro Sendung einige Cent günstiger und alles ist darauf ausgelegt, größere Kunden zu bedienen. Als Privatperson etwas mit der Citipost zu verschicken, ist nämlich ein ziemlicher Aufwand, da lohnen sich die paar Cent Preisunterschied kein Bisschen. Für größere Unternehmen hingegen, oder die Stadt Bremen selbst, bei denen große Mengen an Post anfallen, lohnt sich das schon deutlich mehr. Und so kommt es, dass die Boten der Citipost neben Werbung und Katalogen hauptsächlich Aufforderungen zum Haftantritt, Mahnungen und andere unheilvolle Botschaften des Staates überbringen müssen.

Um billiger als die „Gelbe Post“ und damit konkurrenzfähig zu bleiben, wird an allen Ecken und Enden

gespart, ganz besonders natürlich an Personalkosten. Das heißt für die Arbeiter Mindestlohn, das gesetzliche Minimum an Urlaubstagen, unbeheizte Räume, in denen die Post vorsortiert werden muss, alte, abgenutzte Lastenfahrräder ohne E-Antrieb und Arbeitskleidung, die verpflichtend zu tragen ist, die aber nicht einmal zehn Minuten Regen aushält. Und unter diesen Bedingungen muss dann Post ausgetragen werden, jeden Tag, bei Wind und Wetter. Vor einiger Zeit, als es eine Sturmwarnung gab, berichtete eine der Arbeiterinnen:

*„Im Radio, im Fernsehen, überall hieß es, man solle unbedingt drinnen bleiben, aber uns hier sagt man nur, es sei die eigene Entscheidung, ob man das Risiko eingeht, rauszugehen um Post auszutragen oder nicht. Aber wenn wir nicht fahren, dann bleibt die Post einfach liegen und wir haben am nächsten Tag das doppelte Arbeitspensum. Wir haben aber eine Frist von drei Tagen, innerhalb derer die Post, die hier ankommt, zugestellt sein muss. Kann man diese Frist nicht einhalten, wird man vor allen Kollegen vom Chef zusammengestaucht, und passiert das mehrmals, bekommt man eine Abmahnung. Wenn es also mehrere Tage am Stück eine Unwetterwarnung gibt, steht man vor der Entscheidung, entweder massiv seine*

*eigene Sicherheit aufs Spiel zu setzen, oder den Job zu riskieren.“*

Die Regel mit der Drei-Tage-Frist gilt aber seltsamerweise scheinbar nur für die Arbeiter, denn wenn man im Urlaub ist, wird diese Regel von den Chefs gerne unendlich weit ausgedehnt. Dazu erzählt ein anderer Arbeiter:

*„Ich war eine Woche lang im Urlaub, und als ich wieder kam, bin ich fast vom Glauben abgefallen; da hat sich an meinem Platz die Post Kistenweise gestapelt, die ganze Woche lang wurde niemand in meiner Tour eingesetzt, die Briefe einer gesamten Woche sind bei mir liegen geblieben! Und das soll ich alles dann innerhalb von drei Tagen zustellen?! Zusätzlich zu dem, was jeden Tag neu rein kommt? Ich musste Überstunden machen ohne Ende und natürlich wurden die mir nicht ausgezahlt. Da überlegt man es sich dreimal, ob man den Urlaub, der einem zusteht überhaupt nehmen will...“*

Besonders problematisch sind diese Situationen für alleinerziehende Mütter. Ein großer Teil der Belegschaft besteht aus diesen, denn die Arbeitszeiten sind auf den ersten Blick gut mit den Betreuungszeiten der Kinder vereinbar. Man verpflichtet sich vertraglich zwar zu Überstunden bei hohem Arbeitsaufkommen, da das in der Realität für die meisten Alleinerziehenden organisatorisch aber gar nicht machbar ist und der Northwest-Mail GmbH aufgrund der schlechten Arbeitsbedingungen scharenweise das Personal wegrennt, wird ihnen mündlich bei Vertragsabschluss versprochen, von dieser Klausel keinen Gebrauch zu machen, man kenne ja die Situation der Alleinerziehenden und sei ja auch kein Unmensch.

*„Und nach dem Urlaub, den ich mir nehmen musste, weil meine Kinder Schulferien haben, der sowieso vorne und hinten nicht reicht, kommt dann das böse Erwachen und plötzlich soll ich doch Überstunden machen, weil hier wieder mal alles liegen geblieben ist! Wie soll ich das bitte anstellen? Soll ich die Kinder mitnehmen zur Arbeit?! Da zeigt sich dann wieder mal, wie viel die Worte unserer Vorgesetzten Wert sind!“,* berichtet eine weitere Arbeiterin.

Bei diesen Zuständen könnte man sich jetzt natürlich fragen, warum die Citipost überhaupt noch Arbeiter hat und nicht alle schon wutentbrannt gekündigt haben. Die Antwort findet man, wenn man sich

anschaut, wer dort so alles arbeitet und man bedenkt, dass das Unternehmen es sich wirklich nicht leisten kann, wählerisch zu sein. Denn neben den alleinerziehenden Müttern arbeiten hier hauptsächlich Menschen, die woanders kaum etwas finden würden; alte Menschen, die lange in anderen Berufen gearbeitet haben und ihre Arbeit verloren haben, Menschen, die Haftstrafen hinter sich haben, Menschen ohne Schulabschluss oder mit geistiger Behinderung. Die Not dieser Leute treibt sie dann in die Arme der Northwest-Mail GmbH und diese nutzt ihre Situation schamlos aus, um mit ihnen (fast) alles zu machen was sie wollen.

Zusätzlich dazu wird alles dafür getan, zu verhindern, dass sich die Arbeiter gegen ihre Ausbeuter verbünden. Denn obwohl man als Zusteller den größten Anteil seiner Arbeitszeit alleine auf dem Fahrrad verbringt, gäbe es aus der Sicht der Ausbeuter von Citipost immer noch zu viel Gelegenheit, sich gegen sie zusammenzuschließen, wenn alle Kollegen am Morgen zusammen im Depot stehen und ihre Post sortieren. Dafür werden dann die sogenannten Depotleiter eingesetzt. Im Grunde genommen sind das einfach nur besser bezahlte Zusteller, die als Knotenpunkt zwischen Chefs und Arbeiter dienen sollen, ohne dass sich ihr Arbeitsfeld groß von dem des normalen Zustellers unterscheidet. Diese haben dann die Aufgabe, dafür zu sorgen, dass sich alles nach „flachen Hierarchien“ anfühlt, den Arbeitern weiszumachen, dass das gesamte Unternehmen doch wie eine große Familie sei und alle nur das beste füreinander wollten.

Aber diese ekelhaften Lügen enttarnen sich jeden Tag in der Praxis der Arbeiter der Citipost und immer weniger glauben diesen billigen Tricks. Was jetzt noch fehlt, ist, dass sich die Arbeiter zusammenschließen, um für Ihre Interessen und gegen die Ihrer Ausbeuter zu kämpfen! Denn das ist das Einzige, was wir tun können, wenn wir aufhören wollen, die Knechte dieser reichen Parasiten zu sein! •

## NACH ENTLASSUNGEN: CHEF HETZT POLIZEI AUF ARBEITER

**E**nde Oktober kam es in der Nähe des Essener Hauptbahnhofs zu einem riesigen, nicht zu überschenden Polizeiaufgebot. Die gesamte Rellinghauser Straße war von der Polizei abgeriegelt worden. Wer daran vorbeigelaufen ist, wird sich sicherlich die Frage gestellt haben: was in aller Welt kann dort nur vorgefallen sein?

Den Angaben der Polizei und der prompten Berichterstattung in der bürgerlichen Presse zu Folge ist die Antwort recht simpel: ein „wütender Mob“ von Mitarbeitern hat sich am 24. Oktober rund 90 Minuten lang vor dem Gebäude eines ungenannten Call-Centers versammelt, bei dem sie angestellt sind, um gegen die Entlassung von neun Kollegen zu protestieren. Dieser 100 Personen starke „Mob“ soll der Presse zu Folge wohl ziemlich bedrohlich und wild gewesen sein. So sehr, dass es eine Kette, bestehend aus 50 Polizisten gebraucht hat, um zu verhindern, dass die wütende Menge das Gebäude betritt und ihre Wut am Chef auslässt, welcher die Entlassung der neun Kollegen zu verantworten hat. In einem Zeitungsartikel von „Der Westen“ wird die Situation so dargestellt, als hätten die Einsatzkräfte es gerade einmal so geschafft, mit allergrößter Mühe,

dass die Situation nicht eskaliert und zu Ausschreitungen führt.

### WAS WIRKLICH GESCHAH

Was sich aber in Wirklichkeit in der Rellinghauser Straße abspielte, wird aus dem Bericht eines Mitarbeiters vor Ort ersichtlich. Ihm zu Folge gab es nämlich gar keinen Demonstrationszug zum Call-Center. Überhaupt stand er nicht einmal mit seinen Kollegen vor dem Gebäude, mit der Absicht, zu protestieren. Viel mehr wurden sie vom Unternehmen in eine perfide Falle gelockt.

Die Chefetage lud an dem Tag nämlich das Call-Center-Personal zu einer Mitarbeiterversammlung ein. Dort wurde den Angestellten in typisch schmieriger Chef-Manier Pizza angeboten. Damit soll ihr Schweigen schon im Vorfeld eingekauft werden, noch bevor sie die schlechten Neuigkeiten zu hören bekommen. Als wären sie kleine Kinder, die man mit Pizza ruhig stellen kann. Diese Taktik löste allerdings schon bei einigen Kollegen erste Vorahnungen aus, dass irgendetwas nicht stimmen



konnte. Dieser Verdacht entpuppte sich als korrekt, als, zum Schock aller Mitarbeiter, die Entlassung neun beliebter Kollegen verkündet wurde. Ihnen wurde jedoch kein Grund dafür genannt, was die Arbeiter natürlich dazu antrieb, Fragen zu stellen und der Sache auf den Grund zu gehen. Um die „angespannte Situation“ – eine Situation, die allein sie geschaffen hat – zu entspannen, schlug die Geschäftsführung vor, die Personalversammlung mit einer kurzen Pause zu unterbrechen. Die Kollegen sollten mal eben vor die Tür gehen und einfach etwas frische Luft schnappen, sich ein wenig die Beine vertreten, eine rauchen etc., um sich eben zu „beruhigen“. Wenn dieser Versuch, den Fragen auszuweichen und den Arbeitern Unvernunft zu unterstellen, in sich selbst nicht schon lächerlich genug wäre, setzte das Unternehmen dem Ganzen dann noch die Krone auf: die Türen wurden von innen verriegelt und die Polizei verständigt. Das führte dann zu dem Großeinsatz und den darauffolgenden medialen Berichten, die von einem angeblichen Protest reden, der „drohte, aus dem Ruder zu laufen“. Sie haben die Call-Center-Arbeiter vor die Tür gesetzt, die Bullen auf sie gehetzt und dann gelogen, sie seien mit einem Demonstrationszug vor das Gebäude gelaufen, um zu protestieren.

Die Bourgeoisie hat offensichtlich eine so panische Angst vor den Kämpfen der Arbeiter, dass sie versuchen, sie um jeden Preis einzudämmen – am Besten noch bevor sie überhaupt erst entstehen. Wie in diesem Fall machen sie nicht einmal davor halt, ihre Angestellten in eine Falle zu locken und durch falsche Berichterstattung in ihren Medien die Arbeiter von vorne herein zu delegitimieren, noch bevor sie ihren Kampf überhaupt erst beginnen. Die Call-Center-Angestellten wurden als Randalierer inszeniert, die gerade so in den Griff zu kriegen waren. Wenn sie sich also nun tatsächlich zusammentun, um diesen Angriff auf sie zu denunzieren und Aufklärung um die Entlassungen ihrer Kollegen zu fordern, wird dieser Kampf im Lichte der Lügen und Andeutungen stehen, die in der bürgerlichen Presse über sie geschrieben wurden.

Dennoch dürfen sich die Call-Center-Arbeiter davon nicht einschüchtern lassen – und das tun sie auch nicht. Direkt am nächsten Tag haben sie ein Treffen untereinander organisiert, um sich auszutauschen und darüber zu diskutieren, was sie dagegen tun sollten. Der Kampf gegen dieses Vorgehen des Chefs ist gerechtfertigt und notwendig, das wissen die Arbeiter selbst am Besten. •



## WAHLWIEDERHOLUNG IN BERLIN



*Wahlchaos am 26. September 2021 in Berlin*

**A**m 26. September 2021 fanden in Berlin die Wahlen für das Abgeordnetenhaus, die Bezirksverordnetenversammlung und den Bundestag statt, sowie die Abstimmung über den Volksentscheid „Deutsche Wohnen“ enteignen. Nach massiven Pannen wird nun darüber entschieden, ob und in welcher Form es Wahlwiederholungen geben soll.

Am Tag der Wahlen herrschte in der Stadt ein riesiges Chaos: Es gab zu wenig Wahlurnen, fehlende, falsche und sogar kopierte Stimmzettel, und flächendeckendes Wählen nach 18 Uhr, also nachdem die ersten Hochrechnungen veröffentlicht wurden. Zu allem Überfluss wurde der Berlin-Marathon aus Versehen auf den selben Tag gelegt, weshalb die Leute nicht einmal zu den Wahllokalen durgekommen sind, oder auch stundenlang anstehen mussten. Einige Wahllokale waren zwischendurch stundenlang geschlossen. Verantwortlich für die Organisation war die zuständige Innenverwaltung, die Landeswahlleitung und der Innensenator Andreas Geisel, der nun das Amt des Bausenators innehat. Er hat vor kurzem ein Missbilligungsvotum im Abgeordnetenhaus überstanden und auch einen Entschließungsantrag zu seiner Entlassung. Denn seine SPD-Freundin, Bürgermeisterin Giffey, steht hinter ihm und wehrt Schuldzuweisungen ab.

Die Instanz die darüber entscheidet, ob die Wahlen zum Abgeordnetenhaus und zur Bezirksverordne-

tenversammlung wiederholt werden, ist der Berliner Verfassungsgerichtshof. Nachdem am 28. September bei einer mündlichen Verhandlung eine Wahlwiederholung in Aussicht gestellt wurde, entscheidet das Gericht endgültig am 16. November. Wenn diese Wahlen für ungültig erklärt werden, muss in ganz Berlin neu gewählt werden. Die Wiederholung muss dann innerhalb von 90 Tagen stattfinden, also spätestens Mitte Februar. Denn wenn es mit über einem Jahr Planungszeit nicht klappt, dann wird es mit drei Monaten sicherlich besser laufen. Der Plan, um eine erneute Blamage zu verhindern, ist, dass der Berliner Senat knapp 39 Millionen Euro in die Hand nimmt. Komisch, dass für sowas das Geld reicht, aber wenn es dann um marode, asbestbelastete Schulen geht oder um mehr bezahlbare Wohnungen, dann ist leider kein Geld vorhanden. Um ihre Show weiter abziehen zu können und sich die Legitimierung, weiterhin zu regieren, von den Massen zu holen, ist ihnen kein Geld zu schade. Aber wenn eben diese Leute Probleme haben und das Versprochene einfordern, dann trifft man auf verschlossene Augen und Ohren.

Über die Wiederholung der Bundestagswahl haben diejenigen entschieden, die es am meisten betrifft, nämlich die Abgeordneten selbst. Ein Beispiel hierfür ist Lars Lindemann. Der FDP'ler hat zwei Ämter: Vertreter im Wahlprüfungsausschuss und Generalsekretär in der Berliner FDP. Ein Schelm, wer sich hier denkt, die FDP mit ihren miserablen Umfragewerten würde nicht alles dafür tun, um eine flächendeckende

Wahl in Berlin zu verhindern. Und so ist es auch mit all den anderen Parteien. Sie achten nicht mal mehr ihre eigenen Regeln, wie sich beispielsweise durch die Reform des Wahlrechts zeigt. Da nicht mehr alle Fraktionen einer solchen Reform zustimmen müssen, kann die regierende Koalition in dieser Hinsicht durchdrücken, was sie will. Die Ampel-Koalition hat also festgelegt, dass in 431 Wahlbezirken von 2256 die Wahlpannen so gravierend waren, dass es zur Wiederholung kommen soll. Die Auswirkungen davon auf den Bundestag sind nicht zu unterschätzen: Die Linke beispielsweise könnte fast vollständig aus dem Bundestag fliegen, denn zwei von drei Vertretern sind durch ein Direktmandat aus Berlin an ihre Sitze gekommen.

Die Massen haben den Wahlzirkus und die darauf folgende Show satt. Und hierbei geht es nicht nur darum, dass die Wahlen an sich so rumpelig verlaufen sind. Die Wahlbeteiligung der Wahlberechtigten hat im Jahr 2021 um 0,4 Prozentpunkte im Vergleich zu 2017 abgenommen (Sowohl bei der Erst-, als auch bei der Zweitstimme). Auch die Anzahl an ungültigen Stimmen hat mit 0,4 Prozentpunkten zugenommen. Besonders in den Arbeitervierteln, also in den Randbezirken, wurde die Tendenz ersichtlich, dass die tiefsten und breitesten Massen die zur Wahl stehenden Parteien immer mehr ablehnen. Spricht man mit den Kollegen über das Thema, so hört man immer „*Man weiß gar nicht wen man wählen soll, ich will keinen von denen.*“ Und diese Haltung ist richtig, denn es macht keinen Unterschied, wen man wählt, weil dieses System verrotten ist.

Für jeden ist ersichtlich, dass die Regierung nicht die Interessen der Massen vertritt, sondern durch leere Wahlversprechen Stabilität für sich schaffen will. Warum sonst ist noch keine einzige der versprochenen Sozialwohnungen gebaut, die bezahlbaren Wohnraum sicherstellen sollten? Oder es werden Dinge, die selbstverständlich sein sollten, wie eine Befreiung von Schulgeld, als riesige Erfolge gefeiert. Die Legitimation, die diese Blutsauger bekommen wollen, dürfen wir ihnen nicht geben. Deshalb heißt es auch bei diesen Wahlen:

**Ausbeutung abwählen das klappt nie – Boykott der Wahlen der Bourgeoisie!**

**Geht nicht wählen – kämpft und wehrt euch! •**



*Wiederaufgebaut - 703 Millionen Euro*



*Wiederholt? - 39 Millionen Euro*



*Wieder aufgeschoben*

## WM 2022: BÜRGERLICHE DOPPELMORAL

Wenn am 20. November inmitten der arabischen Wüste die 22. Fußball-Weltmeisterschaft der Männer eröffnet wird, wird das Interesse an dem Turnier hier bei Glühwein und Herbstregen in Krisenzeiten womöglich so gering sein wie lange nicht mehr. Klar, der von Korruption und Gier durchzogene Weltfußballverband FIFA hat sein Bestes daran getan, den Profifußball noch mehr vom Volk loszulösen – eine immer ödere Veranstaltung, eine Show mit unglaublich viel Geld und ganz viel Action, ohne Herz und Spannung. Mit so viel Feuerwerk, Werbung und „Fake-Emotionen“ wie noch nie – in Attrappen-Gegenden, die irgendwo im Niemandsland am Persischen Golf hochgezogen wurden. Solch ein dekadentes Spektakel mitten im Winter – darauf verzichten viele Leute dann auch gerne. Die WM in Katar wollen Viele aber auch aus politischen Gründen nicht anschauen, bzw. boykottieren sie. Es geht um die Situation der Gastarbeiter in dem 1971 unabhängig gewordenen Emirat. Es ist nicht gerade ein Novum, dass mit der WM im Gastgeberland eine nochmalige Verstärkung der Verbrechen gegen das Volk einhergeht. Erinnert sei z.B. an Brasilien 2014, wo Hunderttausende Menschen für den Bau der Stadien und der Infrastruktur drumherum aus den Armenvierteln vertrieben, Favelas terrorisiert und vom Militär besetzt und die, die sich wehrten, ins Gefängnis gesteckt wurden. Die WM in Katar setzt, was den Grad der Ausbeutung der Arbeiter im Land betrifft, gewissermaßen neue Maßstäbe. Seit Beginn der Bauarbeiten für die Stadien und drumherum sind laut unterschiedlichen bürgerlichen Quellen bis Ende letzten Jahres bis zu 15 Tausend Arbeiter in diesem Rahmen ums Leben gekommen. Die Gastarbeiter aus Indien und Südostasien und auch benachbarten arabischen Ländern, die die klare Mehrheit der in Katar lebenden 2,7 Millionen Menschen ausmachen, arbeiten in der Wüstenhitze von teils über 50 Grad, sechs Tage die Woche, in bis zu 14 Stunden langen Schichten ohne irgendeinen Arbeitsschutz, leben in maroden, nicht-gekühlten Unterkünften, in denen man mit 14 Leuten in einem engen Raum schläft und sich ausschließlich von Wasser und Brot ernährt, um ihre Familien in anderen Teilen der dritten Welt ernähren zu können.

Auch die bürgerliche Presse berichtet von „moderner Sklaverei“, die in Katar stattfindet. Richtiger gesagt herrscht in Katar, wie in sehr vielen Ländern auf der

Welt, noch die Leibeigenschaft. Die drückt sich in Katar unter anderem im Kalafa-System aus – jeder Mensch ohne Staatsangehörigkeit, was in Katar über 90 Prozent der Bevölkerung sind, braucht für seinen Aufenthalt im Land einen „Bürgen“, der für diese „Verantwortung“ dessen Pass einbezieht. Die „Bürgen“ sind meistens dann die Unternehmer, die die Arbeiter ungehindert ausbeuten können, die Monate lang den Lohn nicht zahlen, die durch die Kontrolle über den Reisepass der Arbeiter ihre Ausreise verhindern können und die ihnen auch mit der Bürgschaft automatisch verbieten, zu einem anderen „Bürgen“ zu wechseln, d.h. sich einen neuen Job bei einem anderen Ausbeuter zu suchen. Man hört also immer *„Schuld ist das Kalafa-System“*, das seien alles die menschenverachtenden Scheichs und so weiter. Aber was dahintersteckt, darüber wird nicht geredet. Katar basiert sich bekanntlich auf den Abbau und Export seiner Erdöl- und Erdgasvorkommen, die sich ab 1939 zunächst die Engländer, die Katar als Kolonie besaßen, zunutze machten. Die reichen Scheiche, die nach der Unabhängigkeit Katar auf Basis der Öl- und Gasexporte zu einem „Global Player“ machen wollten, waren abhängig von den Investitionen der Imperialisten, besonders der USA. Die reichen Länder kauften nicht nur Öl und Gas aus Katar, sondern bauten die Unternehmen vor Ort selber mit auf und sicherten sich die Anteile, um diese weiterhin im Griff zu haben. Würde Katar keine Bodenschätze mehr exportieren können, dann würden sich die Imperialisten ganz schnell aus dem Land verziehen und Katars Reichtum würde zusammenbrechen. Katars Reichtum ist also buchstäblich auf Sand gebaut. 2005 gründete Katar den Staatsfonds *Qatar Investment Authority* (QIA), der die Einnahmen der Wirtschaft in Katar nutzte, um sich Anteile an unter anderem den deutschen Unternehmen Volkswagen, Siemens, RWE, der Deutschen Bank, Porsche, Hochtief AG, Hapag-Lloyd und an vielen Unternehmen in anderen Ländern zu erwerben. Es sind also die Mächtigen in Deutschland, die bewusst die Ausbeutung in Katar mitfinanzieren. Nicht zu vergessen der Besuch vom „grünen“ Wirtschaftsminister Habeck im März mit Vertretern von Siemens, ThyssenKrupp und RWE in Doha, Katars Hauptstadt, wo man eine „Energiepartnerschaft“ zwischen den beiden Ländern vereinbarte. Als Ersatz für Russland soll Gas aus Katar nach Deutschland fließen, die Arbeiter dort sollen leiden, damit es den Deutschen warm ist. Habeck spielte die

Situation der Arbeiter in Katar darauf herunter, dass „Partner [wie Katar] ihre Eigenheiten haben“; die Arbeiter würden „häufig zu nicht so ganz guten Bedingungen arbeiten“ und er hätte ein bisschen Sorge gehabt, wie es wohl wäre, wenn er gegenüber dem Emir „das ‚in your face‘ ansprechen“ würde, aber die katarische Regierung sei da ja ganz aufgeschlossen und ohnehin habe es auf deutschen Druck hin ja schon Verbesserungen dort gegeben. Und was bedeutet das unterm Strich? Die deutschen Imperialisten sind mitverantwortlich an der Ausbeutung der Arbeiter in Katar, weil sie davon profitieren.

Was ist nun die richtige Haltung zur WM in Katar? In Deutschland hat man offensichtlich beschlossen, alles so weiterlaufen zu lassen und ein paar mahnende Worte loszuwerfen. Bezeichnend dafür ist die peinliche Aktion der DFB-Elf vor einem Länderspiel gegen Island im März 2021, als sie sich vorm Spiel mit schwarzen T-Shirts, auf denen „Menschenrechte“ zu lesen war, zum Mannschaftsfoto aufstellten. Ein großartiger Beitrag für die Gastarbeiter in Katar von „unseren Jungs“, die alle in Geld ersaufen. Man drohte auch schon, sich „Gedanken zu machen, wie man noch auf die Missstände hinweisen kann“. Des weiteren hilft nun eine Art Regenbogenfahne auf den Ärmeln der deutschen Trikots, auf die „Einhaltung der Menschenrechte“ aufmerksam zu machen. Die ARD zeigt eine vierteilige Doku über „die WM der Schande“, in der allerlei angeprangert wird – die Bestechlichkeit der FIFA-Funktionäre und der Chefs, der heuchlerische Betrüger Sepp Blatter, der geradezu perverse Gianni Infantino, der Größenwahn, und besonders natürlich die Lage der Gastarbeiter, aber die bewusste Beteiligung des deutschen Imperialismus an diesen Verbrechen wird verschwiegen. Die Verbrecher seien alles Leute von anderswo; Leute, die nicht die Werte, die die BRD vertritt, in sich tragen. Bis auf beim FC Bayern, der enge Partnerschaften mit Unternehmen aus Katar unterhält (beispielhaft dafür die Reaktionen von Uli Hoenes „Das ist nicht die Generalversammlung von Amnesty International!“ und Franz Beckenbauer, der zur Zeit der Vergabe des WM-Austragungsort im Exekutivkomitee saß, „Ich habe noch keinen einzigen Sklaven in Katar gesehen“), ist die WM in Fußball-Deutschland jetzt zumindest halbwegs verpöht. Was hilft? Die Gutmenschen, die glauben, sie können etwas ändern, indem sie den Boykott der WM ausrufen, nachdem sie sich die letzten Turniere mit Begeisterung angeschaut haben? Eigentlich eine ziemlich feige Art. Sie sollten sich mit den Verantwortlichen für die Lage der Gastarbeiter in Katar anlegen, und die sitzen unter

anderem hier ja praktisch direkt nebenan. Blutsauger, Plünderer, Schreibtischmörder. Nichts anderes sind die Herren in den großen deutschen Monopolen und ihre Politiker.

Für die Arbeiterklasse ist es nicht entscheidend, aus „moralischen Gründen“ etwas zu boykottieren. Und deshalb ist es auch nicht die Frage, ob man die WM aus „Gewissensgründen“ guckt oder nicht. Wenn man schnellen Fußball sehen will, sollte man die Glotze einschalten. Wenn man Emotionen und Spektakel will, sollte man es bleiben lassen. Aber wenn man den Gastarbeitern in Katar die Solidarität deutlich machen und ihnen zeigen will, dass man vereint mit ihnen im Kampf ist, – und das sollten wir alle machen – muss man in Deutschland besonders eins tun: Die deutschen Imperialisten bekämpfen. •



# WWW.DEMVOLKEDIENEN.ORG



*Täglich neue Nachrichten von Kämpfen in den Vierteln, Entwicklungen in der BRD sowie aktuelle Informationen über den Widerstand in den unterdrückten Nationen auf deutsch und englisch.*

## TERMINE IM DEZEMBER

### BREMEN

Café Rebellion  
BDP-Haus (Am Hulsberg 136)  
Jeden Mittwoch  
ab 17 Uhr

## LOKALE KONTAKTE

### BADEN-WÜRTTEMBERG

Internationalistisches Kollektiv Freiburg |  
[interkollektivfr@protonmail.com](mailto:interkollektivfr@protonmail.com)

### BERLIN

Internationalistisches Kollektiv Berlin |  
[inter\\_kollektiv@gmx.de](mailto:inter_kollektiv@gmx.de)

### BREMEN

Rotes Frauenkomitee Bremen | [rfk.bremen@gmx.de](mailto:rfk.bremen@gmx.de)  
Rotes Kollektiv Bremen | [rotes-kollektiv-bremen@riseup.net](mailto:rotes-kollektiv-bremen@riseup.net)

### HAMBURG

Kollektiv Rotes Hamburg | [rotes\\_kollektiv@gmx.de](mailto:rotes_kollektiv@gmx.de)  
Rotes Frauenkomitee Hamburg |  
[rotes\\_frauenkomitee\\_hamburg@gmx.de](mailto:rotes_frauenkomitee_hamburg@gmx.de)

### NRW

Rebellion Ruhr | [rebellionruhr@web.de](mailto:rebellionruhr@web.de)

### DAS TITELBILD

*Andauernde Massenproteste von Hunderttausenden in Haiti, hier am 17. Oktober, gegen die imperialistische Militärbesetzung des Landes durch die UNO, die USA und Kanada infolge der Massenproteste gegen die Krise und die Regierung*

*Quelle: BBC / Al Jazeera*

# ROTE POST

